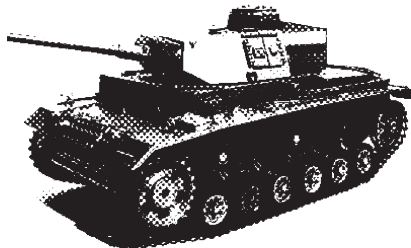


Rundumschlag gegen Armutsbetroffene!	1
Pensionskassen abschaffen!	2
gibb und dir wird genommen oder von rechten richtern	3
Lohngerechtigkeit bei Angestellten der Stadt Bern	5
Europaweiter Uni Protest gegen Bolognareform und Ökonomisierung	5
soliterre	6
Erfolgreicher Roter Oktober!	7
Die Roten Falken fliegen wieder!	7

Gesuchstellung; Sozialhilfe nicht höher als Arbeitseinkommen; Echte Gegenleistungen von Sozialhilfebeziehenden

Intervention der PdA Bern

Das Prinzip bleibt sich immer das gleiche: Bei so vielen Rauchzeichen, die da gefächelt werden, wird es doch wohl irgendwo brennen – nicht? Und traurig, aber wahr, die Rechnung geht so häufig auf: bei Presse, Politik, Publikum. Das Phantom der betrügerischen Armen, Kranken, Behinderten scheint ein weit verbreitetes Welt- und Menschenbild des Misstrauens und der Ressentiments bestens zu bedienen. Wer will sich unter diesen Umständen innerhalb und ausserhalb dieses Rats die Finger verbrennen, indem er an die Stelle des allgegenwärtigen Verdachts den Anspruch auf Respekt und gesellschaftliche Solidarität setzt? Ganz sicher nicht ein Gemeinderat, der auf dem Rückzug jede neue Konzession in einen sozialpolitischen Erfolg umzudeuten versucht.



WER KRIEGT? WER VERLIERT?

RUNDUMSCHLAG GEGEN ARMUTSBETROFFENE!

Motionen Fraktion FDP (Philippe Müller): Klare Weisungen betr. Sanktionen im Sozialdienst (Sanktionskatalog); Griffige Sanktionen in der Sozialhilfe; Klare Weisungen bei Missbrauchsverdacht im Sozialdienst; Generalvollmacht zur Überprüfung der Angaben bei Sozialhilfe bei

Wenn wir uns dem populären Schrei der Empörung über mögliche Missbräuche in der Sozialhilfe nicht anschliessen, dann hat das nichts mit Sozialromantik zu tun, sondern mit einer nüchternen Einschätzung der gängigen gesellschaftlichen Regeln. Wenn einzelne Menschen sich materielle Vorteile zu erschwindeln verstehen, dann hat das zuallererst mal zu tun mit einer Gesellschaft, die im Grossen, im globalen Massstab kriminelle Energie noch immer zu honorieren pflegte. Und was ist das schon ein „BMW-Fall“ gegen ein Unternehmen, das Löhne bezahlt, die zum Leben nicht reichen? Wenn sich jemand einen verordneten Job nicht aufbrummen lässt, zeigt der Motionär mit dem Finger auf ihn und lässt stellvertretend die Tränen der „ehrlich Arbeitenden“ fliessen, die „sich in der Rolle der „Dummen“ wieder finden.“ Wenn sich hingegen Lohnabhängige auf der Strasse wieder finden, weil sie als Dank für ihre jahrelang geleistete „ehrliche Arbeit“ dem Profit geopfert worden sind – dann zeugt das für den Motionär wohl von der Gesundheit unternehmerischer Initiative. Sa-

nierer dieser Art haben uns gerade noch gefehlt. Nachdem ihre Klientel ökonomisch und politisch so ziemlich alles verbockt hat, was es zu verbocken gab, würde ihnen ein Spürchen Bescheidenheit nicht schlecht anstehen.

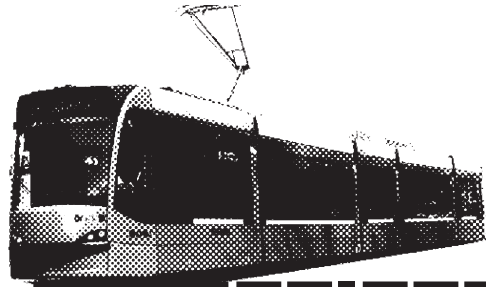
Ein halbes Dutzend Motionen zur Sozialhilfe auf einem Haufen – das trägt zur Übersicht, zur Klarheit bei. Ein Blick auf die Titel der Motionen liest sich denn wie ein Katalog von dem, wovor es den Bürger, die Bürgerin graust: Verdacht, Sanktionen über Sanktionen, Generalvollmacht zur Überprüfung der persönlichen Daten – wovor es einen graust, wenn es einen selber betreffen sollte. So werden Armutsbetroffene gesellschaftlich deklassiert, so wird ihre Deklassierung festgeschrieben. Sogar dem Gemeinderat ist seinerzeit – bei allem Wohlwollen – in seiner Antwort auf die gleich lautenden Postulate nicht entgangen, dass jeder einzelne Vorstoss überbeisst, in seinem Eifer rechtstaatliche Usancen locker beiseite schiebt: Existenzsicherung, Integration, Verhältnismässigkeit – sie werden mit den Motionen verabschiedet; Sippenhaftung wird begrüsst. Woher dieser Eifer auch immer stammen mag – er verletzt die Würde Armutsbetroffener, verhöhnt aber auch die Berufsethik und die Professionalität der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und mokiert sich über die wahren Sorgen und Ängste der meisten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Das ist unredlich, das ist wahrlich: Sozialkitsch.

Wir leiden nicht an Sozialromantik. Wir leiden unter den falschen Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unser Sozialwesen hat allerdings ein Problem: Wenn über ein Drittel derer, die in der Schweiz unter der Armutsgrenze leben, voll arbeiten und davon nicht ganz leben können. Wir haben allerdings ein Problem: Wenn die Konkurrenz unter Gemeinden logischerweise dazu führt, dass die belohnt werden, die schon viel haben – und die man lieber nicht kontrollieren will. Verdacht auf Missbrauch, Sanktionen, Überprüfung der persönlichen Daten: Davor behüte der Staat hohe Einkommen und Vermögen! Statt goldener Fallschirme für gierige Banker: „echte Gegenleistungen“? Woran würde Sie das denn erinnern? Ich höre die Empörung: Zwangsarbeit!

Es fehlt uns nicht an grossen Problemen: Die soziale Sicherheit wird systematisch in Frage gestellt. Angst um den Arbeitsplatz, Sorge um die Zukunft, Verunsicherung, Scham machen sich breit. Die vor-

liegenden Motionen heizen genau dieses Klima an. Und der Gemeinderat gibt klein bei. Es gibt ihn eben doch noch: den Klassenkampf – den von oben.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 14.1.10



GRATISTRAM STATT BUSSE

Bern mobil - aber gratis.
Wir fordern den Nulltarif für den öffentlichen Nahverkehr und seine Finanzierung durch Bern und seine Agglomerationsgemeinden.

WIE PENSIONSKASSEN IN AHV ÜBERFÜHREN?

Die Höhe der Pensionskassenrente ist vom sogenannten Umwandlungssatz abhängig, den das Parlament aufgrund der Lebenserwartung und der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Finanzmärkte festlegt. Am 7. März wird über die Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule abgestimmt. Hinter der geplanten Senkung steckt aus durchsichtigen Gründen die Versicherungslobby. MitarbeiterInnen kleiner Firmen, dies sind in der Schweiz rund die Hälfte der Beschäftigten, haben keine eigene Pensionskasse sondern sind Sammelstiftungen angeschlossen, die meist von den grossen Versicherungsgesellschaften verwaltet werden. Die Sammelstiftungen müssen die Renten unabhängig von den Börsenkursen gewähren, erhalten aber dafür von den Versicherten eine Risikoprämie. Je tiefer die Renten sind, desto kleiner ist das Risiko und desto höher der Gewinn; und die Risikoprämie kann den Managern als Boni und den Aktionären als Dividende ausbezahlt werden.

Das Problem ist aber grundsätzlicher; die Pensionskassen sind die falsche Form der Altersvorsorge. Im Gegensatz zur AHV kriegt jeder nur soviel, wie er einbezahlt hat; wer als Erwerbstätiger arm ist, wird es auch als Rentnerin bleiben. Menschen mit einem oder mehreren Teilzeitjobs bekommen oft keine oder bloss ganz tiefe Renten. Im Gegensatz

zur AHV werden die Renten der Pensionskassen nicht an die Teuerung angepasst. Die angesparten Gelder der 2. Säule können nicht alle produktiv investiert werden, sie blähen daher die Menge des überschüssigen Kapitals auf und sind ein Grund für die immer wieder platzenden Spekulationsblasen. Die Renten sind aber umgekehrt von den Finanzmärkten auch abhängig. Die jährliche Mindestverzinsung des Geldes der Aktiven wird jedes Jahr vom Bundesrat neu festgelegt, ein tieferer Mindestzinssatz führt später zu einer tieferen Rente. Die Renten werden ab der ersten Auszahlung nicht mehr an die Entwicklung der Finanzmärkte angepasst, daher kommen Pensionskassen bei länger dauernden Börsenbaissen oder bei einer falschen Anlagepolitik in Unterdeckung. Die Bürokratie der Pensionskassen und die Verwaltung der Gelder verschlingen pro Jahr ca. 5 Mrd. Franken.

In fortschrittlichen linken Kreisen ist daher aus all diesen Gründen die Abschaffung der zweiten Säule und deren Überführung in die AHV beschlossene Sache. Das grösste Problem ist eine Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen. Ein kleineres Problem steht mit diesem in einem direkten Zusammenhang: Wie soll die Überführung in die AHV durchgeführt werden? Die Mitglieder der PdA Bern erlebten dies an der Demo vom 19. September in Bern hautnah, als wir ein Flugblatt zur Abschaffung der Pensionskassen verteilten. Praktisch niemand wollte die Pensionskassen behalten, aber viele fragten: „Wie soll das denn genau gehen, damit wir nicht noch ein zweites Mal beschissen werden?“ Die Denknetz-Fachgruppe für Politische Ökonomie macht im Jahrbuch 2009 dazu einen ziemlich konventionellen Vorschlag: Ab Einführung des neuen Systems werden keine Gelder mehr in die 2. Säule einbezahlt. Die Beschäftigten sind aber pro rata temporis nach altem und neuem Recht versichert. D.h. wenn jemand 30 Jahre Beiträge in AHV und Pensionskasse bezahlt hat und noch 10 Jahre Beiträge für die neue AHV bezahlen wird, erhält er 75 Prozent der Pensionskassenrente, die AHV wird zu einem Viertel nach neuem und zu drei Vierteln nach altem Recht berechnet.

Dieser Vorschlag hat mehrere Schwachstellen. Ältere und schlecht verdienende Menschen haben wenig davon, wird doch ihre ganze Rente oder der grösste Teil davon weiterhin nach dem bisherigen System ausgerichtet. Das ganze System der 2. Säule bleibt noch so lange erhalten, bis die zum Zeitpunkt der Umstellung mindestens 25 Jahre alten Menschen alle gestorben sind. Damit die

Pensionskassen die Renten ausbezahlen können, müssen sie ihr Geld wie bisher anlegen und sind weiterhin auf steigende Aktienkurse, etc. angewiesen; bei fehlenden Kapitalerträgen decken keine aktiven BeitragszahlerInnen die Lücke, und die Renten können nicht mehr ausbezahlt werden.

Der Vorschlag der PdA Bern ist radikaler und bringt den Unsinn der Pensionskassen schneller zu einem guten Ende. Das bisher angehäuften Vermögen der Pensionskassen wird für die Renten nach neuem System gar nicht gebraucht und kann daher verteilt werden. Damit ein kleiner Prozentsatz von Leuten mit hohen Pensionskassenrenten nicht weniger als bisher erhalten, kann jeder Mensch wählen, ob er eine AHV Rente nach neuem System oder eine AHV Rente nach altem System plus die bisherige Pensionskassenrente erhalten will. Entscheidet sich jemand für die Rente nach neuem System, so geht sein Pensionskassenguthaben an die AHV. Will jemand die bisherigen Pensionskassenansprüche behalten, so wird ihr das Guthaben ausbezahlt, wenn sie im Zeitpunkt der Umstellung noch nicht pensioniert ist. Ist sie dagegen schon pensioniert, so bekommt sie die Rente weiterhin. Die Auszahlung der Renten nach altem System erfolgt durch die AHV, allfällige Defizite sind durch die Pensionskassenguthaben der Menschen gedeckt, die eine AHV Rente nach neuem System beziehen. Mit diesem Vorschlag wird die 2. Säule viel schneller abgebaut, und die Bürokratie der Pensionskassen wird ab dem Umstellungszeitpunkt überflüssig. Vor allem aber profitieren auch Ältere mit kleinen Einkommen und arme Rentner von der Umstellung und haben daher ein Interesse an der Überführung der 2. Säule in die AHV.

Hans Anderegg, PdA Bern

nicht erschienener Leserbrief, zum Bund- und BZ-Artikel vom 12.1.2010

GIBB UND DIR WIRD GENOMMEN ODER VON RECHTEN RICHTERN

25 Jahre lang unterrichtete Rolf Zbinden SchülerInnen an der gibb. 2006 wird er Stadtrat der PdA Bern. 2007 nimmt er an der Anti-SVP Demo teil und wird deshalb von der Schule verwarnt. Vor Gericht wird seine gewaltfreie Teilnahme vermischt mit einer angeblichen Ohrfeige gegen einen Polizisten aufgrund eines unverhältnismässigen Polizeieinsatzes anlässlich spontanen und soli-

darischen Singens vor der dänischen Botschaft und als Protest gegen die Polizeigewalt bei der Räumung eines Jugendhauses in Dänemark. Trotz - laut RichterIn - glaubwürdigen Zeugenaussagen beider Seiten wird hier im Zweifelsfall nicht dem Angeklagten, sondern der Polizei geglaubt und Rolf Zbinden verurteilt.

Darauf wird er wegen dieses Urteils und der Teilnahme an der Anti-Wef-Demo 08 von der gewerblich-industriellen Berufsschule Bern entlassen.

2008 wird er als Stadtrat wiedergewählt, 09 wird vom Obergericht das Urteil bestätigt.

Der Oberrichter ist übrigens in der SVP und wäre wohl halbiert oder gevierteilt worden, hätte er anders entschieden. Der Bund vom 12.1.2010, Seite 10 „Karl Zweifels

Straffantastien vom Vierteilen“

Nun wird also die Kündigung vom Verwaltungsgericht als rechtens erklärt und das Berufsverbot aufgrund politischer Ansichten legitimiert. DemoteilnehmerInnen werden fichiert und eingeschüchtert, die Inhalte weiterhin tabuisiert.

Die Botschaft ist klar: Als linker Stadtrat und als Lehrer, als Vorbild darf man nicht demonstrieren, schon gar nicht gegen die stärkste Partei im Kanton, die offen rassistisch auftritt und benachteiligte Teile der Bevölkerung gegeneinander aufhetzt, und auch nicht in einer „rot-grün“ regierten Stadt.

Der Vorstand der PdA Bern verurteilt das skandalöse Urteil des Verwaltungsgerichts.

Kün|di|gung / die

Häufiges Mittel der Einschüchterung an Lehrern und Professoren im antifaschistischen Widerstand. Damals und heute. Rolf Zbinden Stadtrat.

SCHLUSSWORT VOR DEM OBERGERICHT DES KANTONS BERN

19. Mai 2009

Mit dem Urteil der ersten Instanz sind klare Zeichen gesetzt worden: Vor Gericht kommt nicht, wer in der unmissverständlichen Rhetorik des historischen Faschismus für den Marsch auf Bern mobilisiert und Minderheiten zum Teufel, in die Hölle wünscht. Vor Gericht kommt und verurteilt wird, wer sich dieser Bewegung der aggressiv Selbstgefälligen,

der militanten Rassisten und rechtsextremen Glatzen in den Weg stellt – gewaltfrei in den Weg stellt.

Die Mission ist erfüllt. Wenn Polizei, Justiz, Presse, Arbeitgeber, Regierungsrat am gleichen Strick ziehen, kann es gar nicht schief gehen. Und das Exempel ist sehr einfach zu lesen: Politischer Widerstand gegen völkische Friedensbrecher und Hassprediger wird teuer bezahlt – bezahlt mit Diffamierung, Vorverurteilung und Angriff auf die berufliche Existenz. Dieses Exempel zielt nicht auf eine einzelne Person – geben wir uns da keinen Illusionen hin! Was da in den vergangenen Monaten durchgespielt wird, scheint so reibungslos zu klappen, dass die Sieger auf eine Wiederholung solcher Erfolge Appetit bekommen haben werden.

Das Exempel will beweisen: Politischer Widerstand gegen Rassismus, Ausgrenzung, Rechtsextremismus lohnt sich nicht – politischer Widerstand gegen die Arroganz der Macht ist selbstzerstörerisch. Dann war also alles sinnlos? Sinnlos der Aufschrei, der breite Protest vom 6. Oktober? Und sinnlos sein Nachspiel? Sinnlos das Opfer? Sinnlos die Kosten?

Am 6. Oktober 2007 kam der rechtsextreme Bewegungsflügel bei seinem Marsch auf Bern ins Stolpern: Die Bundesstadt war nicht im Sturm zu nehmen, nicht reif für den Aufmarsch der Zottel, Trottel und Springerstiefel. Weitere politische Überrasse – und weitere Niederlagen folgten. Daran gibt es nichts zu rütteln – und darum gibt es auch nichts zu bedauern. Wenn Zivilcourage über Indifferenz, Resignation, Rückzug ins Private und in die Innerlichkeit siegt, ist vieles möglich: Solidarität, Widerstand, Befreiung von der Angst. Der 6. Oktober 2007 war ein Anfang.

Ich habe Verständnis für Polizisten, die vorne und hinten und davor und danach nicht zu unterscheiden wissen; für eine RichterIn, die ihren gesunden Menschenverstand in der Urteilsbegründung nur schlecht zu unterdrücken weiss. Ich habe Verständnis für die Journalisten, die zynisches Schlittensfahren am eigenen Leib erfahren haben. Und ich habe fast schon Erbarmen mit einem Arbeitgeber, der mehr aufgibt als einen Arbeitsvertrag. Sie alle lassen sich aus über Gewalt – und geben mit ihrem Beispiel zu verstehen, wo die Gewalt sitzt und wie die Gewalt funktioniert, die das Rückgrat bricht.

Vor einem Gericht zu erscheinen, ist immer unangenehm. An den Pranger gestellt zu werden, ist nicht das wirkliche Wunschprogramm. Eine geliebte Arbeit nach 25 Jahren durch Rausschmiss und Berufsverbot zu verlieren – das gibt zu kauen. Es trifft mich, trifft mich tief. Aber: Ich kann noch in den Spiegel schauen. Und ich kann noch weitermachen. Ich will, ich muss weitermachen: in diesem Sinn.

Rolf Zbinden, 19.5.09

Ju|stiz / die

Gerechtigkeit. Oder doch nicht. Farce. Exempel. Politische Diskriminierung des antifaschistischen Widerstands. Rolf Zbinden Stadtrat.

Dringliche Motion

LOHNGERECHTIGKEIT BEI ANGESTELLTEN DER STADT BERN: EINE NOTWENDIGE ANNÄHERUNG

Seit dem 1. Januar 2009 beträgt der minimale Grundlohn der Beschäftigten der Stadt Bern 46'000.- Franken, der maximale Grundlohn 207'000.- Franken. Diese Differenz ist durch längere Ausbildung, grössere Verantwortung oder mehr Erfahrung nicht zu begründen. Dieser grosse Unterschied zwischen den Einkommen ist ungerecht und führt zu schädlichen volkswirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen.

Menschen in tiefen Lohnklassen haben Mühe, für ihre Existenz aufzukommen, insbesondere wenn sie eine Familie haben. Mit der angekündigten Erhöhung der Krankenkassenprämien von bis zu 30% im Kanton Bern wird ihre Situation noch schwieriger

Bei der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Bern muss die Anpassung des Lohnklassensystems kostenneutral erfolgen, was Kürzungen der höchsten Löhne zur Folge haben wird. Beim (mindestens) alle vier Jahre stattfindenden Gerangel um die fünf Gemeinderatssitze muss jedoch nicht befürchtet werden, dass diese unbesetzt blieben, wenn ein Mitglied des Gemeinderats rund 10% weniger verdienen sollte. Es gibt auch keinen plausiblen Grund, warum ein aufgrund politischer Kriterien und Absprachen gewähltes Gemeinderatsmitglied mehr verdienen soll als hoch qualifizierte Mitglieder der Stadtverwaltung. Demzufolge müssen nicht alle hohen Löhne um den gleichen Prozentsatz gekürzt werden.

Daher wird der Gemeinderat beauftragt, das Lohnklassensystem im Anhang zum Personalreglement der Stadt Bern (PRB) folgendermassen anzupassen:

- Der minimale Grundlohn muss mindestens ein Drittel des maximalen Grundlohns betragen.
- Bisherige Löhne dürfen nur gekürzt werden, wenn sie mehr als das Doppelte des Mindestlohns nach angepasstem Lohnklassensystem betragen.

Begründung der Dringlichkeit:

Bis zur Anpassung dauert es einige Monate, die Krankenkassenprämien werden aber bereits Anfang 2010 erhöht. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit kann gebremst werden, wenn Angestellte in tiefen Lohnklassen mehr Lohn erhalten, da diese das Geld durch Konsumausgaben in Umlauf bringen.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 21.5.09

EUROPAWEITER PROTEST GEGEN BOLOGNAREFORM UND ÖKONOMISIERUNG AN UNIS

Dass der Unmut über die undemokratische, von oben gesteuerte Bologna-Reform auch in der Schweiz breit unterstützt wurde, können wir von der Partei der Arbeit Bern nur begrüssen. In Basel, Genf, Bern und Lausanne waren junge GenossInnen von uns selbst involviert. Wir solidarisieren uns mit allen fortschrittlichen Kräften, die für eine unabhängige Bildung sind und damit gegen die Vereinnahmung immer mehr Bereiche – auch des Hochschulraumes – durch das transnationale Kapital ankämpfen und die sich für eine Demokratisierung der Strukturen einsetzen. Was an Hochschulen passiert, wie und was dort gelehrt wird und was nicht, geht uns alle etwas an, ist die Sache der ganzen Gesellschaft, und nicht nur eine Angelegenheit einer kleinen Minderheit, die die Interessen der Wirtschaft vertritt. Forschung und Lehre sind in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, die durch Steuern immer noch den Löwenanteil an der Finanzierung der universitären Bildung beiträgt. Die wachsende finanzielle Abhängigkeit der Inhalte von wirtschaftlichen Interessen ist entschieden zu stoppen und zurückzudrängen. Jüngstes Beispiel dafür ist Matthias Finger, Professor für Management von «Netzindustrien» an der ETH in Lausanne. Sein Lehrstuhl wird von der Post finanziert. Er will alles privatisieren und weil er die Post nur 2–3mal pro

Woche zugestellt braucht, reklamiert er dies mit seiner von seinem Geschmack und seinem Geldgeber geleiteten «Wissenschaftlichkeit» gleich für alle.

Die Besetzungen der Unis von Bern und Zürich, die am 17. November 2009, dem in antifaschistischer Tradition stehenden Internationalen StudentInnen-tag, dem Beispiel Basels und Wiens folgten, sind in einem grösseren Zusammenhang zu sehen und Ausdruck einer Protestwelle, welche im deutschsprachigen Raum den grössten Niederschlag fand, also dort, wo früher mal die fortschrittliche Tradition des humboldtschen Bildungsideals gepflegt worden ist. Aber auch darüber hinaus zeigte der Protest seine Wirkung. Um gegen supranationale Abkommen wie die Bologna-Reform ankommen zu können, ist eine internationalistische Perspektive zentral. Die Verbindung der Interessen der StudentInnen mit denen der Angestellten an der Uni erachten wir als weiteren wichtigen Faktor. Die Auslagerung von Reinigungs-, Mensa- und anderem Personal an aussenstehende Firmen der Privatwirtschaft wie Putzinstitute und Catering-Unternehmen ist keineswegs alleine eine Frage der Qualitätssteigerung, wie dies oft begründet wird, sondern dient einzig und allein der Kostensenkung, der Profitmaximierung, die durch eine verstärkte Ausbeutung und Prekariisierung erreicht wird. Die Perspektive, diese beiden Kämpfe zu verbinden, die der ArbeiterInnen und die der StudentInnen, ist eine sehr wichtige, wenn auch keine einfache.

Es handelt sich um einen Kampf gegen oft als Strukturzwänge auftretende, undemokratische Vereinnahmungen immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft durch die kapitalistische Wirtschaft. Gerade die Universitäten, an denen sich die herrschende Elite reproduziert, bilden diesbezüglich ein sehr wichtiges Element, an denen sich momentan auch eine Verschlechterung der Studienverhältnisse und eine Reduzierung und Spezialisierung auf gewisse Forschungszweige etc. breit macht. Es kann nicht sein, dass sich je längers je mehr wieder nur Leute mit reichen Eltern im Rücken ein Studium leisten können. Der Kampf gegen Verschulung und Ökonomisierung der Bildung muss weitergehen. Wir sind zuversichtlich, dass nach dem bolognastressbedingten Abebben in den Semesterferien der Protest wieder aufflammt. Universitäten müssen dem Menschen, der gesamten Gesellschaft dienen, und nicht wirtschaftlichen Interessen!

PdA Bern



WESSEN ESSEN WIRD GETANKT?

Schrebergärten statt Parkplätze.

REGIONALE VERTRAGSLAND- WIRTSCHAFT SCHAFFT'S ÜBER DEN RÖSTIGRABEN

Dank der Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft Uniterre, die man in der deutschsprachigen Schweiz, wenn überhaupt, höchstens als Stiefelwerferin gegen Volks- und damit Landwirtschaftsministerin Leuthard kennt, gibt es in der Romandie schon länger und erfolgreich das Modell der Vertragslandwirtschaft. Ganze 24 Projekte gibt es dort, das älteste seit 30 Jahren. KonsumentInnen und ProduzentInnen sind vereint in einem Verein. Erstere bekommen gewisse Einflussmöglichkeiten, zweitere eine Sicherheit gegen marktbedingte Preisschwankungen. Stadt und Land rücken näher zusammen, man kann einander kennenlernen an den Versammlungen und weiss damit, woher das Essen kommt und wohin es geht – natürlich biologisch angebaut. Einmal pro Woche gibt's einen Korb aus der Region voller Gemüse, Früchte, Kartoffeln und sporadischen Spezialitäten, auf Wunsch auch mit (Trocken-)Fleisch. Produkte, die gekühlt werden müssen, können zwar im Moment nicht ausgeliefert werden, dafür wird es schon zu Beginn drei Verteilpunkte in der Stadt Bern geben. Attac Bern hat sich vom Modell von Uniterre inspirieren lassen und den Verein soliTerre ins Leben gerufen, welcher am 15. Dezember 2009 gegründet worden ist. Für 20.– pro Woche für zwei und 32.– Fr. für vier Personen is(s)t man dabei. ProduzentInnen gibt es bis jetzt fünf, allesamt im Seeland oder nördlich von Bern beheimatet. Die Mitgliedschaft ist für beide Seiten gratis, wenn man weder produziert noch konsumiert, ist man als Person für 20.– Fr. jährlich Mitglied, als Verein für 100.–. Die Lieferungen sollen ab März 2010 erfolgen. 50–100 Haushaltungen sind das Ziel. Die PdA Bern will euch, liebe GenossInnen,

Lesende und Sympathisierende, dazu aufrufen, mitzumachen. Weitere Infos und den Vertrag zum Ausfüllen gibt's unter:

www.soliterre.ch oder
info@soliterre.ch
soliTerre, 3000 Bern
zäme, lokal, fair



**THE WORLD IS NOT FOR SALE
DAS LEBEN IST
NICHT VERHANDELBAR**

due und Mojito-Bar (obwohl Mojito ja nicht unbedingt unpolitisch ist). Die KJ Bern dankt der Revolutionären Jugend Zürich und den Referenten, sowie allen Besucherinnen und Besuchern des Roten Oktobers und freut sich schon euch das nächste Jahr in Schwarzsee wieder begrüßen zu dürfen.

Cyrell Baumann, PdA Bern

ROTER OKTOBER WAR EIN ERFOLG!

40 Junge Genossinnen und Genossen fanden den weiten Weg nach Schwarzsee! GenossInnen aus der Deutschschweiz, dem Tessin, der Westschweiz und sogar aus Deutschland verfolgten Referate, debattierten und feierten zusammen. Die politischen Themen waren die Jugendarbeitslosigkeit und die Revision der Arbeitslosenversicherung, das Baskenland, Antirepression und der Molotow-Ribbentrop-Pakt. Der Rote Oktober bot auch die Möglichkeit für die Gioventu comunista Ticino und die Kommunistische Jugend Bern einander besser kennen zu lernen. Beide Organisationen wiederholten ihren Wunsch zur Gründung einer Kommunistischen Jugend Schweiz. Die KJ Bern, die GC Ticino und GenossInnen aus anderen Landesteilen (u.a. Westschweiz) legten einen weiteren Baustein für die Gründung einer KJS in dem Sie ein 6-köpfiges Komitee wählten, die sich mit der Gründung näher befassen sollte. In diesem Komitee sind die drei grossen Sprachregionen mit je zwei Vertretern repräsentiert, dem Komitee können natürlich sämtliche interessierte Jugendliche beitreten. Der Rote Oktober bot nebst politischen auch nichtpolitischen Momenten, wie die zur Tradition gewordenen Fon-

DIE ROTEN FALKEN FLIEGEN WIEDER!

In Zürich konnte sich das Bild an der 1.-Mai-Demo in den letzten Jahren halten. Die Roten Falken marschieren zuvorderst. Die sozialistische Kinder- und Jugendgruppe ist sonst überall eingegangen, womit sie dasselbe Schicksal wie andere Strukturen ereilte, die aus der (zu Beginn noch vereinten) sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entstanden sind. Auch in Thun oder Burgdorf z.B. gab es früher einen Ableger. Seit letztem Jahr existiert neben Baden nun auch wieder eine Falken-Sektion in Bern. Endlich gibt es wieder eine Alternative zu paramilitärisch anmutenden PfadfinderInnen! Bei den Roten Falken gibt es nämlich flache Hierarchien, die Organisation ist basisdemokratisch und es stehen Spass, Spiel und Solidarität im Vordergrund, keine «Übungen». Jenseits der Konsumgesellschaft steht ein Gruppenerlebnis im Vordergrund, welches nachhaltiges Denken, Selbstbestimmung und Kreativität fördert. Rassismus und Sexismus

**EUER KUCHEN
SCHMECKT UNS NICHT!
PENSIONSKASSEN-MINDESTUMWANDLUNGSSATZ
NEIN! AM 7.3. ★ PDA BERN
ES GIBT NICHTS ZU FEIERN**

haben keinen Platz. Neben einem grossen Sommerlager und kleineren Wochenendlagern z.B. über Pfingsten treffen sich die Falken jeden Samstag um 13.30 Uhr vor der Heiliggeistkirche beim Bahnhof Bern. Das Programm ist vielseitig und im Rahmen der jeweiligen Jahreszeit oft im Freien stattfindend. Mitmachen können Kinder ab 6 Jahren und Jugendliche ab 16 als LeiterInnen. Junge Mitglieder und ParteigenossInnen und deren Nachwuchs, von denen es nicht wenige gibt, möchten wir dazu anregen, dieses Angebot zu unterstützen und wahrzunehmen. Für weitere Informationen und Anmeldung:

www.bern.rotefalken.ch
infos@bern.rotefalken.ch



PAROLEN FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNGEN VOM 7. MÄRZ 2010:

Bund

Pensionskassen-Mindestuwendungssatz	NEIN
Tierschutz-Anwalt	JA
Verfassungsartikel Forschung am Menschen	NEIN

Stadt Bern

Baukredit Feuerwehrstützpunkt Forsthaus	JA
Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“	NEIN
Gegenvorschlag	NEIN
Stichfrage	GEGENVORSCHLAG

Mehr Sicherheit mit mehr Polizisten?
Weniger Kriminalität mit mehr Polizisten?
In einer Gesellschaft, in der kriminelle Energie Geschäftserfolg und Millionen-Boni garantiert, sind andere Mittel gefordert.

Die soziale Sicherheit demontieren und die Polizei aufrüsten - das macht Sinn: für die bürgerliche Rechte!
Der Gemeinderat gibt klein bei und sucht einen Kompromiss mit den Hardlinern - wie gehabt!
Initiative und Gegenvorschlag kennen nur die eine Logik: die der Repression.

Die PdA Bern wehrt sich gegen die Aufrüstung mit staatlichen Polizisten, privaten Sicherheitsdiensten und zivilen Schnüfflern. Kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit! Das ist unser Kampf für Sicherheit.

Impressum:

PdA Bern, Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
Kontonummer 30-26786-9 www.pdabern.ch

**KUCHEN DEM AKTIONÄR?
KRÜMEL DEM ARBEITER?
PENSIONSKASSEN-MINDESTUMWANDLUNGSSATZ
NEIN! AM 7.3. ★ PDA BERN**